

Haushaltsrede 2010 von Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper in der Sitzung des Kreistages am Montag, 16. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt, die mittelfristige Finanzplanung und die Wirtschaftspläne der Beteiligungsgesellschaften sind das wichtigste Spielfeld von Kreistagen und Gemeinderäten. Sie sind immer das Königsrecht des Hauptorgans, sie sind damit auch das Königsrecht des Rems-Murr-Kreistages!

Landrat und Kreiskämmerer haben mit dem Etatentwurf wie immer als erste den Ball ins königliche Spielfeld des Kreistages gespielt. Das Spielkonzept der Verwaltung beinhaltet eine Erhöhung der Kreisumlage in absoluten Zahlen um rund 9 Millionen Euro, eine

radikale Absenkung der Investitionen auf 3,4 Millionen Euro und eine Netto-Neuverschuldung von 4,5 Millionen Euro. Das heißt, die Verwaltung entwickelt Vorwärtsdrang und Offensivgeist bei der Erhöhung der Kreisumlage, große Zurückhaltung und Defensive bei den Investitionen und eine gemischt defensiv-offensive Strategie bei der Neuverschuldung. Uns ist bewusst, dass die kommunale Selbstverwaltung eines Landkreises in weiten Bereichen nicht autonome Haushaltsgestaltung bedeutet. Uns ist bewusst, dass nicht nur die 31 Kommunen im Rems-Murr-Kreis, sondern auch der Landkreis in eine Vielzahl von Umlage- und Finanzausgleichssystemen eingebunden ist. Aber es ist nicht so – wie uns der Landrat gerne glauben machen möchte, – dass die Zahlen seines Entwurfs für 2010 in Stein gemeißelt seien und sie zu den letzten unverrückbaren Gewissheiten in unserem Land gehörten. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Dies gilt auch für die zwei im politischen Umfeld immer wieder kursierenden, diametral entgegengesetzten Behauptungen: Die eine besagt, Landräte seien heutzutage nachgerade willenlose Vollstrecker von Umlagesystemen sowie von anderen Sach- und Finanzzwängen, während nach anderer Anschauung

die Landräte durch die jüngste Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg gewissermaßen zu Duodezfürsten der Gegenwart, zu den neuen Territorialherrschern, aufgestiegen seien.

Ob sich Landräte im Allgemeinen und unser Rems-Murr-Landrat im Besonderen zu Duodezfürsten entwickelt haben, weiß ich nicht so ganz genau, in jedem Fall muss ihnen mit Gestaltungskraft und Gestaltungswillen das königliche Haushaltsrecht des Kreistages entgegengesetzt werden.

Für die CDU-Kreistagsfraktion haben folgende Aufgabenfelder Vorrang:

1. Unser besonderes Augenmerk gilt der Bildung, gilt der qualitativen und teilweise auch quantitativen Weiter- und Fortentwicklung unserer drei Kreisberufsschulzentren mitsamt allen beruflichen Gymnasien. Damit geben wir nicht nur unseren jungen Leuten gute Zukunftschancen, sondern auch unserer heimischen Wirtschaft, deren wichtigstes Kapital qualifizierte Fach- und Nachwuchskräfte sind. Den Ausbau der Schulsozialarbeit an unseren Schulen im Kreis

halten wir – gerade auch vor dem Hintergrund der schrecklichen Vorkommnisse von Winnenden – für sachgerecht. Die bisher von der Landkreisverwaltung gestrichene neue Mensa im Berufsschulzentrum Waiblingen halten wir dem Grunde nach für richtig und notwendig. Aufgrund der Finanzlage muss jedoch geprüft werden, ob eine vernünftige Lösung mit niedrigeren Standards möglich ist.

2. Wir stehen zur Solidarität gegenüber Menschen, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind, zur sozialen Verantwortung gegenüber Jugendlichen und Kindern, die der Begleitung und der Betreuung bedürfen und wir stehen zur engagierten Unterstützung, Förderung und Hilfe von behinderten Menschen sowie von unseren pflegebedürftigen Senioren.
3. Wir müssen unsere Infrastruktur an Rems und Murr im Bestand sichern, verbessern und weiterentwickeln – vielleicht nicht gerade zu Wasser, zu Lande und in der Luft, aber in jedem Fall auf der Schiene und auf der Straße. Deswegen begrüßen wir den Investitionskostenbeitrag des

Rems-Murr-Kreises für den S-Bahn-Ringschluss Marbach/Backnang. Auch mit Hilfe des Rems-Murr-Kreises werden damit die Weichen der S-Bahn aus dem Norden Stuttgarts und aus dem Ludwigsburger Raum auf Vorfahrt gestellt. Damit wird der gesamten Murr-Region als Wirtschafts- und gerade auch als Siedlungsstandort eine neue Perspektive eröffnet. Nach unserer Auffassung sollte der extrem niedrige Etatansatz für Investitionen im Bereich der Kreisstraßen und der energetischen Gebäudesanierungen nochmals überdacht werden – notfalls um den Preis einer leicht erhöhten Kreditaufnahme. Es ist von herausragender Bedeutung, dass der Kreistag wichtige Straßenbauprojekte wie den vierspurigen Weiterbau der B 14 bis zum alten Schulhaus in Backnang-Maubach und weiter bis Backnang-Mitte, den Ausbau des Autobahnzubringers Backnang-Mudelsheim sowie eine kompromiss- und konsensfähige, aber dennoch leistungsfähige Straßenverbindung zwischen Waiblingen einerseits sowie Ludwigsburg/Kornwestheim andererseits politisch unterstützt und flankiert – auch wenn er keine Kreismittel hierfür zur Verfügung stellt.

4. Die Krankenhausgeschäftsführung muss mit sämtlichen geeigneten Maßnahmen alles daran setzen, das bisher geplante Defizit im Rems-Murr Klinikum und damit die Zuschüsse des Kreises doch noch im Ergebnis zu reduzieren – wie sich dies auch für das laufende Jahr abzeichnet. Der Neubau in Winnenden wird von der Kreisverwaltung und von der Krankenhausgeschäftsführung mit großem Eifer vorangetrieben, die Nachnutzung an den Standorten Backnang und Waiblingen dagegen wird, wenn überhaupt, nur mit angezogener Handbremse verfolgt. Deswegen appelliere ich von hier aus an Landrat und Krankenhausdirektor: Lösen Sie endlich die Handbremse bei der Nachnutzung und entwickeln Sie Kreativität und Tatkraft für Nachnutzungen in Backnang und Waiblingen gerade auch in den verschiedensten Ausprägungen des medizinischen Bereichs – ambulant, teilstationär, stationär.
5. Auch die Zukunft der Abfallentsorgung sowie der Energieversorgung in Kreis und Region ist uns ein wichtiges Anliegen. Deswegen begrüßen wir

ausdrücklich das geplante energetische Vorzeigeprojekt einer Biovergärungsanlage in Verbindung mit einer städtischen, interkommunal getragenen Klärschlamm-trocknungsanlage in Backnang-Neuschöntal, mit deren Bau im Jahr 2010 begonnen werden soll. Mit dieser Anlage kommt es zu einer ökonomisch und ökologisch sinnvollen Entsorgung von Bioabfällen und zu einer modernen und autarken Energieversorgung aus der Region für die Region.

Der Personalkörper der Rems-Murr Verwaltung wurde in den letzten Jahren - zugegebenermaßen mit Zustimmung oder sogar auf Initiative des Kreistages - immer weiter ausgebaut. Dies soll auch im Haushaltsjahr 2010 nicht anders werden. Nach meinem Dafürhalten ist dies eine Fehlentwicklung, die wir dauerhaft nicht durchhalten können. Neubesetzungen sollten deswegen zukünftig aufkommensneutral sein. Personalverstärkungen in einem Bereich müssen mit Personalreduzierungen in einem anderen Bereich einhergehen. Wir müssen zukünftig nicht nur die Bereitschaft zur personellen Verstärkung von wichtigen Bereichen entwickeln,

sondern auch den Mut zur Reduktion von anderen Bereichen. Im Unterschied zu vielen Kommunen an Rems und Murr hat der Rems-Murr-Kreis im Übrigen noch nie die personelle Ausstattung der Kernverwaltung wirklich hinterfragt.

Die Struktur des Kreishaushalts ist insgesamt betrachtet keine ausgewogene und nachhaltige. Die hohe Kreisumlage, immer weiter wachsende Personal- und Sachausgaben, kaum Investitionen und eine hohe Gesamtverschuldung. Wir können, sollten und dürfen uns Derartiges auf Dauer nicht erlauben – auch im Interesse kommender Generationen. Ich habe jedoch Zweifel, ob wir ohne eine intensive Hinterfragung unserer Standards und Niveaus – über alle Aufgabenfelder hinweg in den nächsten Jahren noch zukunftsfähige Kreis- und Kommunalhaushalte aufstellen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor wenigen Tagen war Martinstag. Dieser Tag ist nach dem Heiligen Martin benannt, der Bischof im französischen Tours war. Nach allem, was wir wissen, soll er gut und mildtätig gewesen sein und am Stadttor von Amiens seinen Mantel mit einem Bettler geteilt haben. Eine

Teilung nach dem Vorbild des Heiligen Martin schlagen wir auch bei der Kreisumlage vor – gewissermaßen als Rems–Murr–Mantelteilung – in Form einer Teilung des Zuwachses der Kreisumlage. Bei unverändertem Hebesatz würden dem Kreis 11,2 Millionen Euro an Kreisumlage mehr zufließen als 2009. Bei einer Teilung wären es bei einem Hebesatz von 35,25 v.H. immerhin noch 5,1 Millionen Euro mehr als 2009. Auch wenn es sich bei den Kommunen nicht um Bettler – wie damals am Tor von Amiens – handelt, so handelt es sich dennoch um Kreisfinanziers, die seit diesem Jahr, manche auch erst im Jahr 2010 am Stock gehen und von der Hand in den Mund leben. Fast alle Rems–Murr Kommunen haben 2010 negative Nettoinvestitionsraten und leben entweder von der Substanz und / oder auf Pump. Zum Teil werden sogar Neuverschuldungen bis zum 7-fachen der geplanten Neuverschuldung des Landkreises erwogen. Wir halten es deswegen für einen Akt der Fairness und der Gerechtigkeit in der Solidargemeinschaft von Kommunen und Kreis eine Teilung des Aufkommenszuwachses vorzunehmen. Herr Landrat, Teilen war und ist zu allen Zeiten eine vornehme Tugend. Dies gilt auch deswegen, weil der

Rems-Murr-Kreis in der Umlagesatz-Liga der Landkreise in der Region Stuttgart – abgesehen vom Landkreis Böblingen – einen ganz vorderen Platz einnimmt. Und dies gilt auch deswegen, weil die Kommunen ihren wichtigen Aufgaben bei der Kindertagesbetreuung und als Konjunkturmotor für Handwerk und Mittelstand umso schwächer nachkommen können, je höher die Kreisumlage ist. Die im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag fehlenden 3,4 Millionen Euro – das sind weniger als 1 % des Ergebnishaushalts – dürften zu einem Gutteil durch verbesserte Rechnungsergebnisse im Verhältnis zum vorsichtigen Planansatz ausgeglichen werden – insbesondere bei der Grunderwerbssteuer. Das jüngste Rechnungsergebnis, das vorliegt, ist dasjenige des Kreishaushaltsjahres 2008. Es weist allein im Verwaltungshaushalt Verbesserungen in Höhe von insgesamt 2,4 Millionen Euro auf. Außerdem konnte die Neuverschuldung in Relation zum Planansatz um 3 Millionen Euro verringert werden. Überdies schlagen wir globale Minderausgaben bei den Personalausgaben in Höhe von 1 Million Euro und bei den Sachausgaben in Höhe von 400.000 Euro vor. In den vergangenen Haushaltsjahren hat sich immer

wieder bewahrheitet, dass die Verwaltung den Druck von globalen Minderausgaben braucht, ja sogar nach ihm ruft, um dann auch tatsächlich Minderausgaben zu erzielen. Zusammengefasst: Wir plädieren für finanzielle Vernunft unter besonderer Berücksichtigung der schwäbischen Tugend der Sparsamkeit.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeitern des Landkreises für Ihr Engagement bedanken, gerade auch bei den Mitarbeitern, die an der Erstellung dieses erstmals doppischen Kreishaushalts mitgewirkt haben, zuvörderst unserem hoch verdienten, aber leider scheidenden Kreiskämmerer Joachim Karsten. Meinen Dank entbiete ich insbesondere deswegen, weil die für die Finanzen Verantwortlichen viel Leid ertragen müssen. Als Überbringer unerfreulicher Nachrichten und von unangenehmen Maßnahmen trifft Sie oft unverdientermaßen der Zorn der Enttäuschten. Aber bereits in der Bibel heißt es schon: „Des Gerechten Opfer ist angenehm, und desselben wird nimmermehr vergessen“. Es sieht also ganz danach aus, als ob die für die Finanzen Verantwortlichen wenigstens gute Chancen haben, in den Himmel zu kommen. Dies

scheint mir insbesondere für diejenigen zu gelten, die den Vorschlägen und Anregungen der christdemokratischen Kreistagsfraktion Folge leisten.

In diesem Sinne bedanke ich mich auch bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre geschätzte und geduldige Aufmerksamkeit und freue mich auf lebhaftes Haushaltsberatungen mit viel Power- und Fairplay und möglichst vielen gelungenen Doppelpässen auf diesem königlichen Spielfeld des Kreistags.